



To whom it may concern

PRESSEMITTEILUNG

GSIW schliesst sich der gemeinsame Erklärung

der Nahost-Kommission des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes und der Nahost-Kommission der Deutschen Sektion von Pax Christi vollinhaltlich an

Friedensverbände fordern Ende der israelischen Militärintervention –

Keine Doppelstandards in der EU-Nahostpolitik und Stopp von deutschen Rüstungsexporten

Israelische Militärintervention stoppen

Angesichts der eskalierenden Situation im Nahen Osten appellieren die beiden Nahost-Kommissionen des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes und der Deutschen Sektion von Pax Christi an die Vertreter des so genannten "Nahost-Quartetts" - USA, EU, UN und Russland - die israelische Regierung zu einem sofortigen Ende des Militäreinsatzes in den besetzten Gebieten zu drängen.

Die Zerstörung von Brücken und der Elektrizitätsversorgung im Gazastreifen, die Inhaftierung demokratisch gewählter palästinensischer Abgeordneter und die Tötung von Zivilisten sind Unrecht und zudem völlig ungeeignete Mittel zur Rettung des entführten israelischen Soldaten Gilat Shalit. Die Inhaftierung und Ermordung politischer Führer der Palästinenser, die Zerstörung der Infrastruktur im Gazastreifen, die Zerstörung von Arbeitsmöglichkeiten und das Abschneiden des Zugangs zu Strom und Wasser stellen Unrechtsmaßnahmen dar und legen die Vermutung nahe, dass ein ganzes Volk für die Wahl einer aus israelischer Sicht ungewollten Regierung bestraft werden soll.

Wir verurteilen die israelische Invasion als völkerrechtswidrig und als Schritt zur Eskalation des Nahost-Konfliktes.

Nicht zweierlei Maß gegenüber Israel und Palästina

Der Palästina-Konflikt steht vor einer neuen Schleuse der Gewalt. Die Nahost-Kommissionen des Versöhnungsbundes und von Pax Christi fordern die Bundesregierung und die Europäische Union auf, nicht weiter untätig dieser Entwicklung ihren Lauf zu lassen und gleiche Standards in ihrer Politik gegenüber Israel wie gegenüber Palästina anzulegen.



Wir fordern die EU auf, ersuchen die Vertreter der Schweizer Regierung die Gesprächsblockade gegen die gewählte palästinensische Regierung zu beenden und die Hilfsmaßnahmen zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe wieder aufzunehmen. Von beiden Seiten, Israel und Palästina, ist in gleicher Weise zu verlangen, dass sie die andere Seite anerkennen, Wahlen respektieren und mit der gewählten Regierung verhandeln, und dass sie auf völkerrechtswidrige Gewalt verzichten. Dazu zählen Flugzeug- und Panzerangriffe, Selbstmordanschläge und Raketenangriffe sowie der Siedlungs- und der Mauerbau.

Wir fordern die EU und Vertreter der Schweizer Regierung auf, sich der seit langem durch Israel begangenen Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen anzunehmen, gemäß der Verpflichtung des Internationalen Gerichtshofs, und Israel - falls keine andere Lösung gefunden werden kann - mit gezielten Sanktionen zu einem Einhalten von internationalem Recht zu bewegen.

Die Zukunft für die Region sieht düster aus: Der Druck auf die Palästinenser, ihre Rechte als Flüchtlinge aufzugeben, weiteres Land an Israel abzutreten und sich mit kleinen Enklaven zufrieden zu geben, nimmt zu. Das Nahostquartett (EU, USA, UN und Russland) hat sich bisher nicht darauf verständigen können, dass Israel sich aus den besetzten Gebieten zurück zu ziehen hat. Es ist damit mitverantwortlich, dass kein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen kann.

Während die Welt nach Gaza blickt, arbeitet die israelische Regierung an weiteren „unilateralen“ Schritten, womit sie faktisch eine Enteignungs- und Annexionspolitik betreibt. Ihre einseitigen Schritte der Grenzziehung sind rechtswidrige Schritte. Diese Maßnahmen dürfen von jenen Regierungen, die internationales Recht als ihren Standard anerkennen, nicht hingenommen werden.

Die Situation faktisch kriegerischer Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina hat eine hohe Symbolwirkung im gesamten Mittleren Osten und verfinstert von daher die lebensnotwendige Chance auf eine Zukunft der Region in friedlicher Koexistenz. Die Nahost-Kommissionen des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes und der Deutschen Sektion von Pax Christi werden auch in Zukunft alle Gruppen und Organisationen auf beiden Seiten, die sich gewaltfrei für ein Ende der Besatzung einsetzen, tatkräftig unterstützen, um so zur Hoffnung auf einen gerechten Frieden im Nahen Osten beizutragen.

Mit besten Grüßen

Unterzeichnet: M. M. Hanel
Vizepräsident